



Die folgende Zusammenstellung enthält - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - eine Übersicht über ausgewählte öffentliche Verhandlungen des Oberverwaltungsgerichts, die in der Zeit von 1. Juli 2025 bis 15. Juli 2025 vorgesehen sind.

Nr. 13 vom 30.06.2025

Termine Juli/1. Hälfte (Stand: 30. Juni 2025)

02.07.2025

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 7 A 1822/23 (VG Köln, 8 K 465/20)

(...) ./.. Stadt Köln

Der Kläger begehrt die Erteilung einer Baugenehmigung zur Legalisierung einer bereits errichteten, über einer Dachgaube aufgeständerten Dachterrasse. Die beklagte Stadt Köln hat die Erteilung unter Hinweis auf entgegenstehende bauordnungsrechtliche Vorgaben zum Grenzabstand und zum Brandschutz abgelehnt.

03.07.2025

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 9.30 Uhr

Aktenzeichen: 13 D 52/21.NE

(...) ./.. Land Nordrhein-Westfalen

Die im Kreis Warendorf lebende Klägerin wendet sich gegen diverse Regelungen der Coronaschutzverordnung in der Fassung vom 05.03.2021, so unter anderem gegen die angeordneten Kontaktbeschränkungen, die Masken- und Testpflicht, die Rückverfolgbarkeit, die Beschränkungen des Einkaufens sowie die Schließung von Schwimmbädern und gastronomischen Betrieben.

03.07.2025

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 13.00 Uhr

Aktenzeichen: 13 D 70/21.NE

1. (...) GmbH,

Kontakt: Vorsitzende Richterin am Oberverwaltungsgericht Dr. Dahme, Pressesprecherin, Telefon: (0251) 505-455
Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht Rauschenberg, stv. Pressesprecher, Telefon: (0251) 505-455
Richter am Oberverwaltungsgericht Dr. Lier, stv. Pressesprecher, Telefon: (0251) 505-455
Oberverwaltungsgericht NRW, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, <http://www.ovg.nrw.de>
Telefon: (0251) 505-0, Fax: (0251) 505-352, E-Mail: pressestelle@ovg.nrw.de

2. (...) GmbH u.a. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Antragstellerinnen betreiben in Nordrhein-Westfalen mehrere Hotels. Sie wenden sich mit ihrem Normenkontrollantrag gegen die während der Coronapandemie im Frühjahr 2021 angeordneten Betriebseinschränkungen (u. a. Beherbergungs- und Bewirtungsverbote, Betriebsverbote für Schwimmbäder, Veranstaltungsverbote).

04.07.2025

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 11 D 206/24.AK

(...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Der Kläger wendet sich als Grundstückseigentümer mit Klage und Eilantrag gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg aus August 2024 für den Ausbau der B 236 (Hagener Straße) in der Ortsdurchfahrt der Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde einschließlich Verlegung der Lennebrücke. Der Kläger macht mehrere Verfahrensfehler geltend. Außerdem sei die Planung nicht erforderlich gewesen, insbesondere sei die alte Lennebrücke noch nutzbar. Dem Planfeststellungsbeschluss seien veraltete Gutachten zugrunde gelegt worden. Die durchgeführte Variantenprüfung sei unzureichend. Die Umweltvorprüfung und die Artenschutzprüfung seien rechtsfehlerhaft erstellt worden. Schließlich sei neben weiteren Abwägungsfehlern ein Eingriff in die Rechtsgüter des Klägers nicht korrekt ermittelt oder ordnungsgemäß abgewogen worden. Es werde nicht hinreichend berücksichtigt, dass die Allee, die das denkmalgeschützte Ensemble von Haus und Park Nachrodt mit dem ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden Erbbegräbnis Klaras Höhe verbindet, physisch und optisch durch die geplante Trasse getrennt und zerstört werde.

07.07.2025

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 7 A 2985/21 (VG Gelsenkirchen, 10 K 10512/17)

(...) GmbH ./ Stadt Dortmund

Die Klägerin wendet sich mit ihrer Klage gegen die sofortige Räumung eines Hochhaus-Komplexes mit mehr als 400 Wohnungen in Dortmund-Dorstfeld sowie gegen die Untersagung der Nutzung des Gebäudekomplexes. Die Stadt Dortmund hatte die Maßnahmen im September 2017 aus Brandschutzgründen angeordnet. Beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte die Klage teilweise Erfolg. Die Räumung sei rechtswidrig gewesen, weil nicht die Klägerin als damalige Eigentümerin und Vermieterin hätte herangezogen werden dürfen, sondern die Mieter. Die Untersagung der Nutzung des Gebäu-

dekomplexes und der zukünftigen Überlassung der Wohnungen an Dritte seien hingegen rechtmäßig. Das OVG verhandelt über die dagegen eingelegten Berufungen der Klägerin und der Stadt Dortmund.

09.07.2025

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 12.00 Uhr

Aktenzeichen: 10 D 17/23.NE

(...) ./ Stadt Lohmar

Die Antragstellerin wendet sich im Wege des Normenkontrollverfahrens gegen den Bebauungsplan Nr. 47 "Auf dem Scheuel" der Stadt Lohmar. Der Bebauungsplan soll die Grundlage sein für die Verlagerung einer Gemeinschaftsgrundschule aus dem Ortskern, die Errichtung einer Kindertagesstätte sowie eines Seniorenwohn- und -pflegeheims in Verbindung mit Angeboten für betreutes Wohnen für Senioren. Die Antragstellerin ist Eigentümerin eines im Plangebiet belegenen Grundstücks, für das der Bebauungsplan nun eine private Grünfläche festsetzt. Sie hält den Bebauungsplan aus einer Mehrzahl an Gründen für rechtswidrig, da ihr durch die Festsetzung die künftige Möglichkeit einer sinnvollen Nutzung ihres Grundstücks genommen werde.